

# SWP-Aktuell

NR. 33 JULI 2026

## Die neue Arktisstrategie der EU

Chancen für Europas digitale Souveränität

*Annegret Bendiek/Svenja Holste*

Die Arktis spielt bisher nur eine untergeordnete Rolle in den europäischen Bemühungen, digitale Souveränität zu erlangen. Doch für dieses Anliegen bildet die digitale Infrastruktur im Hohen Norden einen zentralen Baustein. Die Arktisstrategie der EU, die in diesem Jahr aktualisiert wird, sollte sich daher nicht auf klassische Sicherheitsaspekte beschränken. Dies gilt zumal vor dem Hintergrund hybrider Bedrohungslagen im Ostseeraum. Von besonderer Bedeutung sind europäische Projekte zum Ausbau arktischer Unterwasserkabel, bei denen es sich um kritische Infrastruktur handelt. Allerdings braucht es für diese Vorhaben eine ambitionierte EU, die sich ihrer Stärke bewusst ist, Innovation und Nachhaltigkeit bei der Entwicklung grüner Technologien zu verwirklichen.

Im Januar 2026 besuchte die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas die jährlich im norwegischen Tromsø stattfindende Arctic Frontiers-Konferenz. Dort erklärte sie, es bedürfe einer neuen EU-Arktispolitik, »die die Zeit, in der wir leben, und die Welt, die wir sehen wollen, widerspiegelt, einschließlich einer sicheren Arktis«.

Bisher spielt die (europäische) Arktis nur eine untergeordnete Rolle, wenn darüber nachgedacht wird, wie sich Europas Sicherheit und Verteidigung gewährleisten lässt. Dabei ist der Ausbau arktischer Unterwasserkabel ein zentrales Mittel, um dem Kontinent digitale Souveränität zu verschaffen. In den bisherigen Überlegungen zur EU-Arktisstrategie wird dieser Aspekt allerdings vernachlässigt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass es in der Region ganz unterschiedliche sicherheitspolitische Bedrohungslagen

gibt. Drei Akteursgruppen sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben:

- die fünf Anrainerstaaten des Arktischen Ozeans, also die USA (mit Alaska), das Königreich Dänemark (Grönland), Russland, Norwegen (Svalbard/Spitzbergen) und Kanada, oftmals als A5 bezeichnet
- die drei »kleinen Arktisstaaten« Finnland, Schweden und Island
- der Arktische Rat, das zentrale zwischenstaatliche Forum für die Kooperation der Arktisanrainer, einschließlich der Vertreter indigener Gemeinschaften

Alle acht Arktisstaaten gehören dem Arktischen Rat an. Sechs Mitgliedstaaten der EU (Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Polen, Spanien) haben dort Beobachterstatus. Für die drei Akteursgruppen ergeben sich jeweils unterschiedliche Anforderungen, was geopolitische Interes-



sen, Zustand der Infrastruktur und Europas Bemühungen um Mitsprache im Hohen Norden angeht.

Nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine vor vier Jahren hat die EU ihre Zusammenarbeit mit Moskau in der Arktis ausgesetzt. Für die EU bedeutet das, auch neue Kooperationsformate auszuloten. Während Dänemark Mitgliedstaat der Union ist, sind Grönland und die Färöer-Inseln nicht Teil der EU. 2024 hat die Europäische Kommission dennoch ein Büro in der grönländischen Hauptstadt Nuuk eröffnet. Deutlich und geschlossen positionierte sich die EU gegen die Gebietsansprüche von US-Präsident Donald Trump auf die Insel. Norwegen und Island sind nicht Mitglied der EU, aber Teil des Europäischen Wirtschaftsraums.

## Divergierende Prioritäten

Norwegen ist in seiner Arktis-Politik etwas zwiespältig, da es einerseits eigene Interessen in der Region verfolgt, andererseits aber auch das dortige Engagement der EU unterstützt. Schweden ist an einer starken EU in der Arktis interessiert, was sich bisher aber vor allem auf die Schaffung umweltpolitischer Rahmenbedingungen bezieht. Finnland unterstützt, ebenso wie Norwegen, das Bemühen der EU um einen Beobachterstatus im Arktischen Rat. Seit sie im Jahr 2013 eine entsprechende Bewerbung eingereicht hat, darf die EU als De-facto-Beobachterin an Beratungen des Gremiums teilnehmen, einen offiziellen Beschluss dazu gibt es bisher aber nicht. Angesichts des russischen, US-amerikanischen und chinesischen Interesses an der Arktis wird über eine strategische Partnerschaft der EU etwa mit Kanada diskutiert.

Die bisherige Arktisstrategie der EU, die 2021 unter dem Titel »A stronger EU engagement for a peaceful, sustainable and prosperous Arctic« vorgelegt wurde, soll noch in diesem Jahr durch eine aktualisierte Fassung abgelöst werden. Am 16. März 2026 endete die öffentliche Konsultationsphase dafür. Das Europäische Parlament hatte sich schon im November 2025 mit großer

Mehrheit dafür ausgesprochen, der EU eine stärkere Rolle im Hohen Norden zu verschaffen. Die Arktis gilt demnach als eine in Europas Sicherheit eingebettete Region.

Grundsätzlich ist zu erwarten, dass sich sektorübergreifende Themen wie Wissenschaft und Forschung, Technologie, Konnektivität und Innovation sowie die Rechte indigener Völker in der neuen Arktisstrategie finden werden. Europäische Forschungsinstitute forderten im Konsultationsprozess, die internationale (terrestrische) Klimaforschung weiterhin als Priorität der Strategie zu behandeln. Dies wird jedoch abzustimmen sein mit Prioritäten der Kommission wie nachhaltiger Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit sowie Verteidigung und Sicherheit. Vor allem hat die von der EU angestrebte digitale Souveränität ein Potential als Querschnittsthema, das ohnehin gesetzte Schwerpunkte wie Klima- und Umweltschutz, nachhaltige und inklusive Entwicklung sowie verstärkte internationale Zusammenarbeit miteinander verbindet.

## Unterwasserkabel als kritische Infrastruktur

Es liegt im Interesse Europas, den Schutz kritischer maritimer Infrastrukturen in den drei zentralen Sektoren Energie, Nahrung und Kommunikation voranzutreiben. Die Sabotage der Gasleitungen Nord Stream 1 und 2 im Jahr 2022 hat das Thema auch auf die deutsche Agenda und in den Fokus der hiesigen Öffentlichkeit gebracht. 2024 wurden verschiedene Unterwasserkabel zwischen Deutschland und Finnland, Schweden und Litauen sowie Finnland und Estland beschädigt. 2022 fiel eines der beiden Kabel, die Norwegen mit Svalbard verbinden, für elf Tage aus, nachdem es beschädigt worden war. In diesem Fall ist mittlerweile ein neues Projekt in Planung, um das jetzige Kabelsystem nach Ende seiner Lebenszeit zu ersetzen. Ab 2028 soll »Arctic Way« das norwegische Festland mit Svalbards Hauptort Longyearbyen verbinden und darüber hinaus erstmals eine Verbindung zur unbewohnten norwegischen Insel

Jan Mayen schaffen. Beobachter sehen hinter diesem Vorhaben sicherheitspolitische und militärische Überlegungen.

Deutschland, die EU und die Nato sind aktuell bemüht, ihre internationalen Kooperationen zu stärken und Prioritäten zu setzen, um der veränderten Bedrohungslage gerecht zu werden. Dessen ungeachtet ist zu erwarten, dass Kabelprojekte in der aktualisierten Arktisstrategie keine hervor gehobene Rolle spielen werden. Doch hängt Europas digitale Souveränität vom Engagement der EU im Hohen Norden ab, weshalb anzuraten wäre, dieses Anliegen im neuen Strategiepapier zu berücksichtigen.

## Herausforderungen für die EU

In ihren außenpolitischen Strategien der letzten Jahre hat die EU erkennen lassen, dass es einer resilienten digitalen Infrastruktur bedarf. In einer Studie von 2022, die im Auftrag des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments (SEDE) entstand, heißt es: »Die europäische Governance im Bereich Kabelschutz und -resilienz hat Nachholbedarf und muss verbessert werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich mit den Schwachstellen der europäischen digitalen Konnektivität befassen.« Im Rahmen des digitalen Teils der Connecting Europe Facility (CEF) – ein EU-Förderprogramm (2021 – 2027), das dem trans-europäischen Infrastrukturausbau dient – und in Einklang mit dem EU-Aktionsplan für Kabelsicherheit (Februar 2025) investiert die Kommission 347 Millionen Euro in strategische Seekabelprojekte. Davon werden 20 Millionen Euro für Reparaturkapazitäten bereitgestellt.

97 Prozent des globalen, interkontinentalen Datenverkehrs laufen nach wie vor über rund 500 Unterseekabel, ungeachtet der sich weiterentwickelnden Satellitentechnologie. Die digitale Infrastruktur des Hohen Nordens einschließlich transarktischer Unterseekabel ist längst als ein strategischer Knotenpunkt für Europas digitale Souveränität erkannt worden, auch von Drittstaat-

ten. Während die Idee entsprechender Kabelprojekte keineswegs neu ist, wird sie nun erstmals strategisch und mit öffentlichen Geldern verfolgt. So wurde die Arktis als eines von insgesamt 13 Vorzugsgebieten für Kabelprojekte von europäischem Interesse (Cable Projects of European Interest, CPEI) ausgewiesen. Dafür sprechen drei Gründe, so ein Bericht der von der Kommission eingesetzten »Submarine Cable Infrastructures Informal Expert Group« von Januar 2026.

Erstens leidet der Datenverkehr zwischen Europa und Asien, der bisher zu 90 Prozent durch die Seestraße Bab al-Mandab am Roten Meer verläuft, unter Fehleranfälligkeit und mangelnder Redundanz. Geographisch ist der Arktische Ozean prädestiniert dafür, alternative und sichere Datenrouten von Nordeuropa nach Asien zu schaffen – zumal er weit entfernt liegt von Regionen mit hoher maritimer Aktivität oder Piraterie. Zweitens sind transarktische Strecken deutlich kürzer, was mit einer geringeren Latenzzeit, sprich Verzögerung bei der Übertragung, einhergeht. Von den so ermöglichten Echtzeit-Daten transfers würde insbesondere der internationale Börsenhandel profitieren. Drittens ist gerade eine Verbindung zwischen Grönland und der EU geopolitisch wie ökonomisch von zunehmender Bedeutung. Dass die EU 20,5 Millionen Euro in das Kabelsystem »Tusass Connect« investiert, ist durchaus als Reaktion auf die Bedrohung grönländischer Souveränität zu verstehen.

Die arktischen Kabelprojekte stellen die EU allerdings vor eine Reihe an Herausforderungen. In anderen Weltregionen werden Unterseekabel vermehrt von Konzernen wie Meta, Google, Microsoft oder Amazon gebaut. Als Investoren oder Stakeholder transarktischer Projekte treten diese US-amerikanischen BigTech-Firmen bislang aber nicht in Erscheinung. Das ist insofern wenig überraschend, als diese Vorhaben in erster Linie eine digitale Autonomie Europas vorantreiben sollen. Anders sieht es aus, wenn es um Rechenzentren in nordischen Ländern geht, die direkt von den Kabelprojekten profitieren würden. 2024 erhielt Google

etwa die Genehmigung, Land in den finnischen Gemeinden Muhos und Kajaani zu kaufen, um seine Cloud- und Rechenzentrumsinfrastruktur weiter auszubauen.

Zudem erscheinen die Kabelprojekte in rechtlicher, finanzieller und praktischer Hinsicht durchaus ambitioniert. In der Arktis herrschen schwierige Umweltbedingungen, weshalb mit technischen Herausforderungen und hohen Wartungskosten zu rechnen ist. Das Meereis erschwert notwendige Reparaturen, da die eingesetzten Kabelleger-Schiffe über Eisklasse verfügen oder von Eisbrechern begleitet sein müssen. Auch bedarf es einer guten Kommunikation mit beteiligten Regierungen und Partnern der Industrie. Wichtig wird sein, auf eine zügige und pragmatische Umsetzung der Pläne hinzuwirken, anstatt sich in bloßen Zukunftsvisionen zu verlieren.

## Zwei Arktisrouten für Unterseekabel

Grundsätzlich gibt es für Unterseekabel zwei mögliche Arktisrouten, die sich ergänzen und durch verknüpfte Anlandungspunkte in Nordeuropa, Alaska und Japan für Redundanz im gesamten System sorgen können: die West-Arktis-Passage (EU-Vorzugsgebiet 2a) und die Polarpassage (EU-Vorzugsgebiet 2b). Insgesamt werden die Kosten für Kabelprojekte im gesamten Vorzugsgebiet 2 (Arktis) auf rund 4,3 Milliarden Euro geschätzt. Beide Routen versprechen weitere Vorteile, die über die erwartete geopolitische Resilienz für Europa hinausgehen.

Die erste Route verbindet Deutschland, Schweden, Norwegen, Irland, Dänemark, Island, Grönland, Kanada, die USA (Alaska), Japan und Südkorea und folgt in ihrem Weg der Nordwestpassage. Das hier geplante Seekabel »Far North Fiber« soll bis 2029 einsatzbereit sein; gefördert wird das Projekt über CEF Digital. Da die Route am kanadischen Archipel entlangführt, wird es möglich sein, durch diverse Anknüpfungspunkte bzw. Verbindungen auch abgelegene Gemeinden und Siedlungen mit Breitband-Internet zu versorgen.

Die zweite Strecke folgt der polaren Route durch den zentralen Arktischen Ozean, von Skandinavien entlang der Nordküste Grönlands nach Asien. Teil dieses Vorhabens ist die Initiative für das Kabelsystem »Polar Connect«, das ab 2031 im Einsatz sein soll. Maßgeblich beteiligt sind hier NORDUnet – ein Zusammenschluss der National Research and Education Networks (NRENs) von Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark und Island –, das schwedische Polarforschungssekretariat und Schwedens Forschungsrat. Parallel plant die Regierung in Stockholm den Bau eines neuen Eisbrechers. Auch »Polar Connect« wird durch CEF-Digital gefördert.

Das Besondere an diesem Kabelsystem ist zum einen, dass es der kürzestmöglichen Route durch den Arktischen Ozean folgen soll, was für eine entsprechend geringe Latenzzeit sorgt. Zum anderen sprechen nicht nur Faktoren wie Sicherheit, wirtschaftlicher Nutzen und internationale Kooperation für »Polar Connect«. Einen besonderen Schwerpunkt legt das Projekt darauf, wissenschaftliche Forschung und Umweltbeobachtung zu ermöglichen. Geschehen soll dies durch den Einbau von Sensorensystemen. Dazu gehören etwa SMART (Science Monitoring and Reliable Telecommunications) und DAS (Distributed Acoustic Sensing) – Technologien, die Forschungsdaten für Geologie, Seismologie, Ozeanographie und Meeresbiologie liefern sollen. Dieses Vorhaben stößt vor allem in der Wissenschaft auf positive Resonanz, denn der Arktische Ozean ist zwar signifikant für den Klimawandel, aber wenig erforscht. Bedacht werden muss allerdings, dass die beteiligten Akteure mit Fragen zu Datenbesitz, -management und -zugang konfrontiert sein könnten.

Jenseits der Möglichkeiten für Europas digitale Souveränität wäre es von Vorteil, die arktischen Kabelprojekte in ein grünes und digitales Innovationsökosystem der nordischen Länder einzubetten, wie es sich ohnehin bereits entwickelt. Geht es um die arktische Konnektivität, liegt die Stärke der EU vor allem in der Kombination von Innovation und Nachhaltigkeit.



## Digitaler Hub nordische Länder

Die neue Arktisstrategie eröffnet der EU eine Chance, mit Blick auf ihre digitale Infrastruktur proaktiv und geschlossen für europäische Sicherheitsinteressen und Werte einzustehen. Der OECD-Bericht »Navigating Global Transitions in European Arctic Regions« von 2025 nennt vier große Themenbereiche, die für die sozio-ökonomische Entwicklung der Region relevant sind: a) nachhaltige Entwicklung im Kontext des demographischen Wandels, b) Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität, c) Förderung der grünen Transformation und Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels, d) Stärkung von Mehr-Ebenen-Governance und grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

Für die nordischen Länder Norwegen, Schweden und Finnland verbessern sich mit den EU-Strategien zur digitalen Infrastruktur die Möglichkeiten, ihre lokale Wirtschaft zu stärken und den Norden ökonomisch global anzubinden. Eine von NORDUnet in

Auftrag gegebene Studie von Copenhagen Economics kommt zu dem Ergebnis, dass Unterseekabel zwischen den nordischen Ländern und Japan jährlich mit 1,4 Milliarden Euro zum nordischen Bruttoinlandsprodukt beitragen könnten – vorausgesetzt die Verbindung wird vollständig genutzt. Der Ausbau transarktischer Glasfaserkabel, die eine erhöhte Internetbandbreite und eine kürzere Latenzzeit im Austausch mit Asien und Nordamerika versprechen, geht demnach nicht nur mit direkten und indirekten Investitionen in die Kabelinfrastruktur einher; er führt auch zu höherer Produktivität und geringeren Handelskosten in anderen Industriezweigen. Außerdem hofft man, dass sich im Zuge eines Spill-over-Effekts neue Datenzentren ansiedeln und Arbeitsplätze entstehen, was dazu beitragen könnte, Menschen in der Region zu halten.

Die Gefahr, dass sich der Hohe Norden lediglich zu einer Transitregion entwickelt, bleibt gering. Zum einen würde selbst der Transit von internationalem Datenverkehr in die FLAP-Region (Frankfurt, London,

Amsterdam, Paris) wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen. Zum anderen spricht aus nationaler Sicht der Länder viel dafür, eine gute Aufteilung zwischen Transit- und regionalem Datenverkehr sicherzustellen.

## **Innovation und Nachhaltigkeit**

Der Hohe Norden setzt auf grüne Technologien und digitale Autonomie – zwei zentrale Elemente also, um die Klima-, Umwelt- und Digitalziele der EU bis 2030 zu erreichen. Programme wie »Digitales Europa« und die European Digital Innovation Hubs (EDIH) stärken die innereuropäische Zusammenarbeit und fördern die Skalierung digitaler Lösungen. Hier liegt eine weitere Chance, die neue Arktisstrategie der EU langfristig an deren grüner und digitaler »Twin-Transformation« auszurichten. Denn die Region dient als Modell für die Vereinbarkeit von Digitalisierung und Nachhaltigkeit; sie beherbergt führende Tech-Unternehmen, Start-ups und Forschungszentren, die europäische Innovationen vorantreiben. Ein gutes Beispiel dafür ist Europas schnellster und energieeffizientester Supercomputer LUMI (Large Unified Modern Infrastructure), der auch Teil der Initiative »EuroHPC Joint Undertaking« ist. Er steht im nordfinnischen Kajaani, wird zu 100 Prozent mit Wasserkraft betrieben und nutzt natürliche Kühlsysteme. Außerdem macht seine Abwärme etwa 20 Prozent der Fernwärme in der Gemeinde aus.

Bis 2030 wird Informations- und Kommunikationstechnologie mehr als ein Fünftel des globalen Elektrizitätsverbrauchs beanspruchen. Dabei sind die nordischen Länder in der Lage, den Ausbau der digitalen Infrastruktur besonders kosteneffizient zu gestalten. Laut der erwähnten Studie von Copenhagen Economics etwa sparen sie jährlich 150 Millionen Euro ein, weil die Kosten für Elektrizität und Kühlung bei ihnen niedriger sind.

Darüber hinaus findet sich im Hohen Norden eine Forschungsinfrastruktur, die führende Erd- und Klimabeobachtung umfasst und von einer resilienten digitalen

Infrastruktur profitiert. Die EU fördert die wissenschaftliche Exzellenz in der Arktis unter anderem durch das European Polar Coordination Office mit Sitz in Schweden. Die regionalen Kabelprojekte könnten Teil einer zukunftsweisenden Strategie sein, und sie würden sich gut ergänzen mit den EU-Zielen einer grünen wie digitalen Transformation. Es handelt sich dabei um ein Querschnittsthema, das Klimaschutz, geo- und sicherheitspolitische Positionierung sowie wirtschaftliche Resilienz berührt, weshalb es für die EU besonders lohnenswert ist, hier eine pragmatische Umsetzung zu verfolgen.

## **Europäisches Potential für eine sichere Arktis**

Die EU hat Grönland rasch und vereint unterstützt, als die Trump-Administration Ansprüche auf die Insel erhob. Einmal mehr wurde bei diesem Anlass deutlich, welche Bedeutung die Sicherheitslage in der Arktis hat. Während sieben der acht Arktisstaaten Teil der Nato sind, hat die EU erkannt, dass es keine ausschließlich arktischen Sicherheitsthemen gibt. Vielmehr ist die Region eine Priorität der EU, die zentrale Beachtung im Rahmen einer europäischen Sicherheitsstrategie verdient.

Besonders in Sachen digitaler Souveränität eröffnen sich hier Möglichkeiten, die über harte Sicherheitsfragen hinausreichen. Der Ausbau einer resilienten und nachhaltigen digitalen Infrastruktur in Europas Hohem Norden bietet die Chance, den Herausforderungen des Klimawandels, der Notwendigkeit wissenschaftlicher Forschung und den Bedürfnissen der Menschen vor Ort gleichermaßen gerecht zu werden. Um das Potential dieses Themas in der neuen Arktisstrategie der EU von 2026 auszuspielen, sollte Inklusivität auf drei Ebenen angestrebt werden. Erstens geht es dabei um die Zusammenarbeit zwischen EU und nordischen Ländern, zweitens um die gesellschaftliche Wirkung von digitaler Konnektivität, drittens um Themenwahl und Umsetzung des Strategiepapiers.

Was den ersten Punkt betrifft, liegt die Stärke der EU in ihrer regelbasierten Politik und ihrer Ausrichtung auf multilaterale Kooperation. Neue Sicherheitspartnerschaften bieten hier gute Ansatzpunkte. Die EU spielt bei transarktischen Kabelverbindungen eine immer wichtigere Rolle, insbesondere was deren Zielsetzung und Finanzierung angeht. Allerdings speisen sich die Initiativen und Pläne zu regionalen Unterwasser-Glasfaserkabeln bislang vor allem aus Interessen und inhaltlichen Beiträgen der acht Arktisstaaten. Die Aufgabe der EU ist es, für Kohärenz der Entwicklungsprojekte zu sorgen. Schon in der EU-Arktisstrategie von 2021 wird auf die Förderung arktischer Konnektivität durch die CEF verwiesen. Es wäre wünschenswert, darauf in der überarbeiteten Strategie aufzubauen.

In diesem Sinne kann sich die EU als Katalysator für nordische Zusammenarbeit positionieren. Ein inklusiver Dialog mit den dortigen Ländern über die nationalstaatliche Ebene hinaus scheint zentral zu sein, bedenkt man die gesellschaftliche Bedeutung der Projekte. Zugleich gehen jüngste Analysen davon aus, dass insbesondere die Förderung eines breiten Sicherheitsverständnisses, wie es auch in den nordischen Ländern vertreten wird, die Rolle der EU als legitimer Akteur in der Arktis stärken würde.

Auf einer zweiten Ebene wird es notwendig sein, digitale Infrastruktur für die in der Arktis lebende und arbeitende Bevölkerung zu fördern, auch im Rahmen pan-arktischer Lösungen. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit mit dem Arktischen Wirtschaftsrat (Arctic Economic Council, AEC) an, der verschiedene Berichte zum Breitband-Ausbau in den Arktisstaaten veröffentlicht hat. Auch in der Reykjavík-Erklärung des Arktischen Rats von 2021 wird hervorgehoben, wie wichtig Kommunikationsnetze im Zusammenhang mit öffentlichen Dienstleistungen sind. Aspekte der menschlichen Sicherheit spielen für die betreffenden Staaten im Umgang mit der eigenen Bevölkerung eine große Rolle; dies betrifft die Ver-

fügbare von Bildung und Telemedizin ebenso wie digitale Teilhabe. So ist etwa der Zugang zu Breitband-Internet seit 2010 ein Grundrecht für finnische Bürger. Auch verschiedene indigene Organisationen setzen sich für digitale Gleichberechtigung ein.

In dritter Hinsicht sollten der Hohen Norden und die Arktis innerhalb der EU nicht als Nischenthema betrachtet werden. Im Gegenteil hat die EU hier die Chance, sicherheitspolitische Fragen ganzheitlich zu betrachten – und dabei Klimaschutz, gesellschaftliche Transformation und kritische Infrastrukturen mitzudenken. Einer hybriden Bedrohungslage geschlossen entgegenzutreten fällt durchaus in den Handlungsspielraum der EU. Dafür sollte die überarbeitete Arktisstrategie allerdings stärker mit anderen funktionalen Teilstrategien harmonisiert werden, etwa der Internationalen Digitalstrategie der EU und anderen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Es ist im Interesse der Union, auch künftig in europäische Arktisforschung zu investieren. Während der Hauptfokus von Europas Polarforschung auf der Antarktis liegt, entwickelt sich die globale Ozeanbeobachtung zu einem neuen Schwerpunkt. Terrestrische Forschung in der europäischen Arktis, genauso wie die sozialwissenschaftliche Arktisforschung, sollte in der Forschungsförderung nicht aus dem Blick geraten.

Schließlich wird deutlich, dass es im Zuge einer aktualisierten Arktisstrategie auch weiterer institutioneller Bekenntnisse bedarf. Arktische Themen sind bei der EU sektorübergreifend angelegt; koordiniert werden sie von der Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei (DG MARE) sowie dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Das Europäische Parlament fordert, das Mandat des EU-Sonderbeauftragten für Arktis-Angelegenheiten zu stärken oder gar eine eigene Abteilung für die Region im EAD zu schaffen. Wichtig bleibt die Bereitschaft, sich für Partnerschaften mit indigenen Interessenvertretern zu engagieren.

Auch in absehbarer Zeit wird die EU keinen offiziellen Beobachterstatus im Arktischen Rat erlangen können. Solange dies der Fall ist, dürfte die EU als reiner Geldgeber ohne jegliche Entscheidungsmacht nicht willens sein, personelle und institutionelle Kapazitäten für das Gremium bereitzustellen. Ambitionierte und verlässliche Partnerschaften im europäischen und nordatlantischen Raum, insbesondere mit Kanada, sind daher von zentraler Bedeutung. Das technologische und digitale Souveränitätsstreben der EU ist ein Querschnittsthema, das nicht nur allgemein an Relevanz in ihren auswärtigen Beziehungen gewinnen, sondern auch in der neuen Arktisstrategie eine maßgebliche Rolle spielen sollte.



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorinnen wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

#### **SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN (Print) 1611-6364  
ISSN (Online) 2747-5018  
DOI: 10.18449/2026A33

*Dr. habil. Annegret Bendiek ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa.  
Svenja Holste ist Research Fellow am Institut für Weltgesellschaft der Universität Bielefeld.*